



Haushalts- und Finanzausschuss

57. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

29. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen, Günther Labes, Franz-Josef Eilting (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Zur heutigen Tagesordnung	5
1	Zukunft der WestLB AG	6
	Bericht des Finanzministers	
	– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	6
	– Aussprache	7

^{*)} vertraulicher Teil mit TOP 4 siehe vAPr 14/13

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008 **28**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Vorlagen 14/1233 und 14/1391

Vorlage 14/1323 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Vorlage 14/1459 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **nimmt die drei Änderungsanträge** der Fraktionen der CDU und der FDP (wiedergegeben als **Anhang zu Drucksache 14/5517**) mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen **an**.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/4602 und 14/5350** unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform und unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen **zur zweiten Lesung anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Drucksache 14/4601 (Finanzbericht 2007 bis 2011)

Vorlagen 14/1311 bis 14/1322, 14/1324 und 14/1325
(Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/1440 bis 14/1458 (Berichte der Fachausschüsse)

Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen weiteren
Vorlagen, Stellungnahmen und Zuschriften

Generalaussprache 29**Abschließende Beratung und Abstimmung 30**

Nach **Übernahme** aller in den Fachausschüssen von den Oppositionsfraktionen gestellten **Anträge** mit demselben Abstimmungsverhalten sowie Übernahme der im Unterausschuss „Personal“ und im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ gefassten **Beschlüsse** (s. *dazu Ausschussbericht Drucksache 14/5500, Seite 6 f.*) berät der Ausschuss über die Änderungsanträge zum Personal- und Sachhaushalt und stimmt darüber ab.

Alle **Änderungsanträge** und die **Abstimmungsergebnisse** sind den **Berichten** des Haushalts- und Finanzausschusses – **Drucksachen 14/5500 bis 14/5506, 14/5508, 14/5510 bis 14/5515 und 13/5520** – zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die folgenden, über die Darlegungen in den Ausschussberichten hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben:

Einzelplan 03: Innenministerium 30**Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie 31**

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Drucksache 14/4601 (Finanzbericht 2007 bis 2011)

Vorlagen 14/1311 bis 14/1322, 14/1324 und 14/1325 (Ergebnisse der Bericht-
erstattingespräche)

Vorlagen 14/1440 bis 14/1458 (Berichte der Fachausschüsse)

Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen weiteren Vorlagen,
Stellungnahmen und Zuschriften

Generalaussprache

Die Darlegungen der Fraktionen in der ersten Beratungsrunde sind im Ausschussbe-
richt **Drucksache 14/5500, Seite 5 f.**, wiedergegeben.

Darüber hinaus merkt **Gisela Walsken (SPD)** an, man könne man nun belegen,
dass seit der Regierungsübernahme von CDU/FDP das Prinzip des Finanzministers
gelte, die Steuereinnahmen ständig systematisch herunterzurechnen, sodass dem
Parlament Dispositionsmöglichkeiten bei den politischen Entscheidungen in den
Haushaltsplanberatungen vorenthalten würden.

Dagegen seien alle Prognosen, die die SPD-Fraktion in der Vergangenheit Haushalt
für Haushalt bezüglich der Steuereinnahmen angestellt habe, ausnahmslos mindes-
tens eingetroffen, wenn nicht gar deutlich übertroffen worden.

Ihre Fraktion habe sich ganz seriös an der Steuerschätzung für NRW orientiert. Die
Schwerpunktanträge ihrer Fraktion seien gedeckt. Darüber hinaus bliebe nach SPD-
Prognose neben der Absenkung der Nettokreditemächtigung von 1 Milliarde € noch
so viel Luft, dass man auch weitere Schwerpunkte hätte bedienen können, wenn
man gewollt hätte. Zum Thema Personal könne sich ihre Fraktion eine Menge an
Veränderungen vorstellen. Man wisse auch über die Volumina, wozu sich Kollege
Peschkes schon mehrfach plenar geäußert habe. Diesmal habe sich die SPD-
Fraktion aber auf den Schwerpunkt Kinder, Jugend und Familie konzentriert.

Schließlich empfiehlt die Abgeordnete dem Kollegen Möbius bezüglich dessen ste-
reotypen Vorwurf, dass die SPD-Fraktion die Schätzungen immer nach oben setze,
doch einmal auf das Ist an Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren zu schau-

en. Dann werde er erkennen, dass alle Prognosen nicht nur eingetroffen, sondern sogar übertroffen worden seien, sodass man an allen Stellen deutlich mehr Möglichkeiten gehabt habe.

Abschließende Beratung und Abstimmung

Nach **Übernahme** aller in den Fachausschüssen von den Oppositionsfraktionen gestellten **Anträge** mit demselben Abstimmungsverhalten sowie Übernahme der im Unterausschuss „Personal“ und im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ gefassten **Beschlüsse** (s. dazu **Ausschussbericht Drucksache 14/5500, Seite 6 f.**) berät der Ausschuss über die Änderungsanträge zum Personal- und Sachhaushalt und stimmt darüber ab.

Alle **Änderungsanträge** und die **Abstimmungsergebnisse** sind den **Berichten** des Haushalts- und Finanzausschusses – **Drucksachen 14/5500 bis 14/5506, 14/5508, 14/5510 bis 14/5515 und 13/5520** – zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die folgenden, über die Darlegungen in den Ausschussberichten hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben:

Einzelplan 03: Innenministerium

Auf die Frage von **Hans-Theodor Peschkes (SPD)**, ob er davon ausgehe, dass das Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Landessportbund über das vonseiten des LandesSportBundes beklagte Defizit bei den Einnahmen aus der Oddset-Wette ergebnislos verlaufen sei, weil kein entsprechender Antrag seitens der Koalitionsfraktionen vorliege, antwortet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)**, dass sich die Landesregierung in guten Gesprächen mit dem LSB befinde.

Ewald Groth (GRÜNE) verweist bezüglich des Antrags 03/01 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (s. *Anhang 2 zu Drucksache 14/5503*) darauf, dass nach seiner Kenntnis die Landesregierung in guten Gesprächen bezüglich einer bundesweiten Angleichung des Wasserentnahmeentgeltes sei, und bittet um einen kurzen Sachstandsbericht. – Diesen werde, so **MR Dorothea Delpino (MUNLV)**, das Ministerium nachreichen.

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ewald Groth (GRÜNE) bittet die Koalitionsfraktionen um einen Sachstandsbericht zu den Anträgen, die sich auf eine Umschichtung von erheblichen Mitteln im investiven Bereich bezögen. Offensichtlich habe die Landesregierung wieder einmal ihre Hausaufgaben nicht gemacht, was die Koalitionsfraktionen ausbaden müssten. Doch die offensichtlich den Koalitionsfraktionen bekannte Information habe die Opposition nicht erhalten. Das sei schon unerträglich und zu rügen.

In seiner Entgegnung verweist **Volkmar Klein (CDU)** auf die ausgedruckten schriftlichen Begründungen der Anträge.

RB Dr. Dieter Herr (MIWFT) erklärt, der Baufortschritt des Zentrums für operative Medizin II in Düsseldorf sei schneller erfolgt als angenommen, sodass der Finanzbedarf für den Haushalt 2008 höher liege.

Vorsitzende Anke Brunn fragt nach, warum das nicht in der Ergänzungsvorlage wiederzufinden sei. – Die Verzögerung eines Bauabschnittes in anderen Projekten, antwortet **MDgt Dr. Gert Leis (FM)**, und der beschleunigte Baufortschritt in Düsseldorf seien zum Zeitpunkt der Erstellung der ersten Ergänzungsvorlage noch nicht bekannt gewesen. Als dieser Umstand zutage getreten sei, hätten die Fraktionen den vorliegenden Antrag gestellt.

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Willi Körfges (SPD) kommt auf die sogenannte Kommunalisierung der Umweltverwaltung zu sprechen und die Kabalen, die sich am Vortag in dem Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform ereignet hätten. In einem Zeitablauf von drei Stunden habe es drei Vorlagen mit Abänderungen von Änderungsanträgen der CDU/FDP-Koalition gegeben, die zum Beispiel die Übertragung von Aufgaben zum Inhalt gehabt hätten. Seine Fraktion habe bei der Durchsicht überrascht festgestellt, dass damit ein völlig neues Fass aufgemacht werde.

Zudem habe der Vorsitzende des AKV im Vorfeld der Sitzung des kommunalpolitischen Ausschusses den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU freundlicherweise auf den Umstand hingewiesen, dass es bestimmte Änderungen gebe, die eine zusätzliche Anhörung zur Folge gehabt hätten. Daraufhin habe die CDU diese Änderungen per Korrektur der Änderungsanträge zurückgenommen. In der heutigen Sitzung des HFA fänden sich aber Haushaltsanträge zu den gestern im Fachausschuss nicht gestellten Anträgen. Das sei eine weitere Widersprüchlichkeit im Handeln der Regierungsfractionen.

Volkmar Klein (CDU) entgegnet, nach Einschätzung seiner Fraktion ändere sich von der Sache her durch die Anträge qualitativ gar nichts. Es ändere sich nur quantitativ etwas, weil bei der ersten Prognose bezüglich des Übergangsverhaltens davon ausgegangen worden sei, dass etwa gleich viele Angestellten und Beamte die ihnen angebotene Möglichkeit nutzen würden. Zwischenzeitlich werde von anderen Zahlen ausgegangen, sodass die Anträge die Konkretisierung des vorher 50:50 gegriffenen Zustandes abbildeten.

Ad hoc könne er aber zu der vom Kollegen Körfges vorgetragenen Widersprüchlichkeit bezüglich der Änderungsanträge leider nichts sagen. Er lasse das klären und bitte darum, die weitere Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 10 zurückzustellen.

Hans-Willi Körfges (SPD) legt dar, seine Fraktion habe in der Anhörung zur zweiten Ergänzung die kommunalen Spitzenverbände zur Konnexität befragt. Der Regierung sei eine Klage in Aussicht gestellt worden, wenn nicht nachgebessert werde. Die Koalitionsfraktionen hätten zwar ein wenig draufgelegt, um sich die kommunale Seite etwas gewogen zu halten, doch diese Zahlen beruhten auch wieder nicht auf konkreten Fakten oder konkreten Verhandlungen mit den Spitzenverbänden. Gleichwohl sei das ein Schritt in die richtige Richtung, womit die Koalition bei den Kommunalen sicherlich offene Türen einlaufe. Ob damit allerdings eine Klage vermieden werden könne, wage er nicht zu prognostizieren.

Des Weiteren sei gestern im kommunalpolitischen Ausschuss bei der Behandlung des Verbraucherinformationsgesetzes bemerkt worden, dass die Koalitionsfraktionen im Zusammenhang mit der Überleitung der Umweltverwaltung eine gesetzliche Aufgabe auch hätten überleiten müssen. Da das ursprünglich nicht vorgesehen gewesen sei, habe die Koalition einen Änderungsantrag vorgelegt, was aber zur Folge gehabt hätte, dass zwangsläufig eine Anhörung über das Thema hätte stattfinden müssen. Daraufhin sei dieser Änderungsantrag durch die Kolleginnen und Kollegen wieder zurückgenommen worden mit der Folge, dass es jetzt bei der Haushaltsberatung zur zweiten Lesung einen entsprechenden Finanzantrag gebe, dem es aber an einer gesetzlichen Grundlage fehle. Das sei tragisch, aber solche Dinge passierten, wenn man von der Sache wenig Ahnung habe.

Nach Wiederaufruf des Einzelplans 10 im Anschluss an die Beratung des Einzelplans 15 nimmt **Volkmar Klein (CDU)** wie folgt Stellung: Nach den zwischenzeitlich eingeholten Informationen weiche der tatsächliche Sachverhalt von der Darstellung des Kollegen Körfges insofern ab, als der kommunalpolitische Ausschuss die Anträge beschlossen habe. Somit könne der Haushalts- und Finanzausschuss über die gestellten Änderungsanträge abstimmen. Qualitativ ändere sich zudem durch die vorgelegten Anträge zur Ergänzungsvorlage nichts. Die Tatsache, dass die Zahlen genannt würden, wie viele Personen aus dem Tarifbereich und wie viele aus dem Beamtenbereich betroffen seien, bedeute keine materiell andere Situation, sondern eine Konkretisierung der zuvor nur grob kalkulierbaren Ausgangslage. Somit könne man den vorgelegten Anträgen im Paket zustimmen.

Hans-Willi Körfges (SPD) hält entgegen, zwei Sachverhalte müssten unterschieden werden. Einmal drehe es sich um die Übernahme von Personal und Verstärkungsmitteln bezogen auf die klassischen Aufgaben der Umweltverwaltung. Nachdem sich die Koalition zunächst grob verschätzt habe, werde nun versucht, die kommunale Seite günstig zu stimmen, indem dafür mehr Mittel eingesetzt würden.

Der zweite Sachverhalt betreffe einen Änderungsantrag, wonach die Verbraucherinformation nach dem Verbraucherinformationsgesetz den Kommunen hätte zugewiesen werden sollen. Als man bemerkt habe, dass das eine zusätzliche Anhörung erfordern würde, sei das über einen weiteren Änderungsantrag wieder herausgenommen worden. Für ihn stelle sich die Frage, ob man diese Aufgabe ohne Beachtung der Konnexität von vornherein auf die Kommunen habe abwälzen wollen oder ob das in den Haushaltsanträgen als ausgleichspflichtige Übertragung von Aufträgen vorgesehen gewesen sei. Falls Letzteres zutreffe, müsste das konsequenterweise jetzt aus den Haushaltsanträgen herausgenommen werden.

Volkmar Klein (CDU) erwidert, die heute vorliegenden Anträge beinhalteten die zwischenzeitlich erwogene Ergänzung offensichtlich nicht. Somit werde kein Grund gesehen, von der Verabschiedung der Anträge Abstand zu nehmen.

Im Anschluss an die Abstimmungen über die Änderungsanträge **fasst** der Ausschuss einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/5520 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350** unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen **zur zweiten Lesung anzunehmen**.

Berichterstatter: Lutz Lienenkämper (CDU)

